

Berlin, 10.10.17

PRESSEMITTEILUNG

Muss Qualität im Ganzttag warten? Koalitionsvertrag findet sich im Haushaltswurf nicht wieder

Mehr als 100.000 Berliner Grundschulkindern nehmen ein Ganztagsangebot in Anspruch. Das begrüßen wir außerordentlich, denn gute Ganztagsangebote befördern erfolgreiche Bildungsprozesse.

Weniger erfreulich sind die Rahmenbedingungen für die Ganztagsangebote in Berlin: Der Zugang über einen Bedarfsbescheid schließt gerade die Kinder aus, die von ganztägiger Bildung besonders profitieren können. Der unzureichende Personalschlüssel lässt aus Förderung und Betreuung oftmals Aufbewahrung und Beaufsichtigung werden. Und viele Schulen sind räumlich wenig geeignet, Kindern ein guter Ort für den ganzen Tag zu sein.

Vor diesem Hintergrund setzt sich das Berliner Bündnis Qualität im Ganzttag für verbesserte Rahmenbedingungen für die Berliner Ganztagsgrundschulen ein, die die Perspektiven von Grundschulkindern, Pädagog*innen, Eltern und Trägern berücksichtigen.

Wir haben folgende Kernforderungen aufgestellt:

- **Freier Zugang** für alle Kinder bis 16 Uhr - unabhängig von der Erwerbssituation ihrer Eltern
- **Mehr Personal** für einen besseren Betreuungsschlüssel und eine bessere Leitungsausstattung
- **Ausreichend Platz** in den Schulen für vielfältige Ganztagsangebote

Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass einige unserer Forderungen Widerhall im Koalitionsvertrag fanden. Enttäuscht stellen wir jetzt fest, dass sich nichts von diesen Vorhaben im Haushaltswurf 2018/19 wiederfindet.

Wir fordern deshalb die Abgeordneten, die gerade über den Doppelhaushalt beraten, auf: Lassen Sie den Worten im Koalitionsvertrag Taten folgen. Sorgen Sie dafür, dass in 2018 / 2019 mit den Qualitätsverbesserungen für die Ganztagsbetreuung begonnen wird.

Das Berliner Bündnis „Qualität im Ganzttag“ hat für die Umsetzung der Koalitionsvorhaben konkrete Vorschläge gemacht und Kostenberechnungen vorgelegt.

Roland Kern (Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden - DaKS): *„Ganztagsangebote müssen allen Kindern offenstehen. Das Recht auf Bildung darf nicht von der Erwerbssituation der Eltern abhängen.“*

Elvira Kriebel (Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V.): *„Nach Aussagen von Staatssekretär Rackles im Bildungsausschuss März 2016 kostet die Abschaffung der Bedarfsprüfung ‘keinen riesigen Millionenbetrag’. Damit muss eine Abschaffung sofort umgesetzt werden“.*

Doreen Siebernik (GEW BERLIN): *„Unumgänglich sind Investitionen in die strukturellen Rahmenbedingungen und die pädagogische Weiterentwicklung der Ganztagschule - für unsere Kinder und für gute Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen“.*